

Keiner will den Schwarzen Peter

KZVB diskutiert über Ethik in der Medizin

An das Schwarzer-Peter-Spiel erinnerte eine Diskussion über die ethische Verpflichtung des Arztes oder Zahnarztes in einem Gesundheitssystem, das seine Leistungen nicht mehr ausreichend honorieren kann oder will. Die KZVB hatte anlässlich des Vertragszahnärztetages Bayern 2010 vier Experten aus den Bereichen Ethik, Justiz, Politik und Zahnmedizin in den 15. Stock des Hilton-Hotels am Tucherpark in München eingeladen. Rund 100 Zuhörer erlebten eine sehr spannende Talkrunde.

Prof. Dr. Klaus Ulsenheimer, Fachanwalt für Medizinrecht, beleuchtete zunächst die juristischen Aspekte des Themas. Der „medizinische Standard“ und das „Wohl des Patienten“ seien Grundprinzipien, an denen sich die Rechtsprechung orientiere. Dabei würden die Gerichte längst zwischen dem „medizinisch Machbaren“ und dem „Notwendigen“ unterscheiden. So hätten die deutschen Richter erkannt, dass das Gesundheitswesen ökonomischen Zwängen ausgesetzt sei. „Die heile Welt ist längst vorbei“, meinte Ulsenheimer. Die Ansprüche der Patienten seien theoretisch unbegrenzt, dem stehe aber das Wirt-

schaftlichkeitsgebot entgegen. Eine Behandlung müsse einerseits den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit entsprechen, andererseits auch „lege artis“ erfolgen. „Wenn Sie sich für einen reduzierten Standard entscheiden, müssen Sie den Patienten auf jeden Fall darüber informieren, das Gespräch am besten auch dokumentieren. Nur dann sind Sie auf der sicheren Seite“, so Ulsenheimer.

Rationierung ist Realität

„Rationierung ist im deutschen Gesundheitswesen längst Realität“, diese provokante These stellte der Medizinethiker Prof. Dr. Georg Marckmann von der Universität Tübingen auf. Angesichts der begrenzten Ressourcen, der demografischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts werde sich die Situation weiter verschärfen. Das Gesundheitswesen sei nur ein Teil des deutschen Sozialstaats. „Ärzte und Zahnärzte befinden sich in einem Verteilungswettbewerb etwa mit dem Bildungssektor oder der Altersversorgung.“ Die Frage sei also nicht mehr, *ob*, sondern nur noch *wie* man Leistungen rationiere. „Die



Fotos: KZVB

Diskutierten über die ethische Verpflichtung von Ärzten und Zahnärzten (v.l.): Medizinethiker Prof. Dr. Georg Marckmann, KZVB-Chef Dr. Janusz Rat, Moderator Andreas Mayer, Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein und Rechtsanwalt Prof. Dr. Klaus Ulsenheimer

Rationierung muss ethisch vertretbar sein“, verlangte Marckmann. Zwar sei es grundsätzlich eine politische Entscheidung, wer welche Leistungen erhält, doch ganz wollte der Ethikexperte Ärzte und Zahnärzte nicht aus der Verantwortung entlassen. „Sie müssen einen Beitrag zur Diskussion leisten und sagen, wo man sparen kann, ohne dass es weh tut.“ Schließlich könne niemand die unterschiedlichen Therapieoptionen besser beurteilen als eben Ärzte und Zahnärzte. Deshalb sei es gut, wenn sie das Heft des Handelns in der Hand behielten. „Sie müssen der Politik zuvorkommen“, so Marckmann. Zu einem ethischen Kostenbewusstsein gehöre es beispielsweise, nur Maßnahmen durchzuführen, deren Wirksamkeit wissenschaftlich belegt sei – ein Plädoyer für eine evidenzbasierte Medizin. Bei all dem seien aber auch Patientenpräferenzen zu berücksichtigen.

Beckstein widerspricht

Widerspruch erntete Marckmann vom ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein, der die politische Sichtweise einbrachte. „Eine Rationierungsdebatte steht kein Politiker durch“, stellte er klar. Die Menschen in Deutschland wollten keine amerikanischen Verhältnisse. Zwischen Arm und Reich dürfe es bei der medizinischen Versorgung keine Unterschiede geben. Um die finanziellen Probleme des Gesundheitswesens zu lösen, setzt der CSU-Politiker auf Rationalisierung statt Rationierung. „18 Arztkontakte pro Jahr sind im internationalen Vergleich viel zu viel“, kritisierte Beckstein, der auch Vizepräsident der Synode der Evangelischen Kirchen in Deutschland ist. Dieses Problem lasse sich aber nur in den Griff bekommen, wenn das Kostenbewusstsein der Patienten steige. Dazu reiche es aber nicht aus, den Versicherten eine Rechnung in die Hand zu drücken. „Wenn man nichts dazuzahlen muss, wählt man immer das Teuerste.“ Beckstein sprach sich deshalb für einen symbolischen Eigenanteil der Patienten an den Behandlungskosten aus. „Ein, zwei oder drei Prozent des Rechnungsbetrages könnten hier schon eine enorme Wirkung entfalten.“ Zur Freude des Auditoriums forderte Beckstein auch ein Ende der Budgetierung im zahnärztlichen Bereich: „Dieses Instrument war nur für kurze Zeit gedacht und ist überholt.“

Dr. Janusz Rat, Vorsitzender des Vorstands der KZVB, brachte zahnmedizinische Aspekte in die



Auch die FDP-Landtagsabgeordnete Julika Sandt (l.) und die ehemalige bayerische Gesundheitsministerin Christa Stewens nahmen an der Veranstaltung teil.

Diskussion ein. Jeder Vertragszahnarzt kenne das Spannungsfeld zwischen dem eigenen medizinischen Können und dem Finanzierbaren. Derzeit lasse die Politik die sogenannten Leistungserbringer alleine, wenn es darum geht, den Patienten zu erklären, was geht und was nicht. Gerade die Zahnärzte hätten bereits einen großen Beitrag dazu geleistet, die weit verbreitete Vollkasko-Mentalität zu durchbrechen. Das Festzuschussmodell ermögliche es jedem Patienten, selbst darüber zu entscheiden, welche Versorgungsform er wünscht. Die Krankenkassen kämen lediglich für die Basisversorgung auf. Bedürftigen helfe der Sozialstaat durch die Härtefallregelung. Rat kritisierte, dass die Erfolge der Zahnärzte bei der Prävention bislang nicht ausreichend honoriert werden. „Indem wir Karies und Parodontitis reduzieren, leisten wir einen enormen Beitrag zur Kostensenkung im Gesundheitswesen.“ Der KZVB-Vorsitzende plädierte dafür, den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich um einen Präventionsausgleich zu ergänzen. Eine rege Diskussion, an der sich auch das Publikum beteiligen konnte, schloss sich an. Das Fazit: Die Politik hat noch nicht den Mut, den Versicherten zu sagen, dass entweder die Kosten für die Gesundheit weiter steigen, oder Leistungen rationiert werden müssen. Wofür sich die Verantwortlichen entscheiden, bleibt abzuwarten. Vielleicht wird nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen klarer, wohin die Reise geht. Den Schwarzen Peter will erwartungsgemäß keiner haben.

Leo Hofmeier